

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

bei den gesamten Diskussionen um die Ruhrkonferenz und die jetzt auf dem Tisch liegenden Vorschläge möchten wir bei aller Euphorie, die sich jetzt bei einigen Playern der Stadtgesellschaft einstellt, doch ein wenig Wasser in den Wein gießen.

Anders als vorige Ruhrkonferenzen soll hier anscheinend keine große Geberkonferenz initiiert werden, um gewisse Projekte zu fördern und eine Art Initialzündung in Gang zu setzen. Vieles scheint auf die mittlerweile, weil für die Bürger extrem schädlichen PPP- Konstruktionen hinauszulaufen. Man spricht davon mit Fonds zu arbeiten, wie wir der Vorlage entnehmen konnten, da würde uns von der LINKEN schon interessieren wie diese ausgestaltet sein sollten.

Was bei dem vorliegenden Papier besonders störend ist, ist die weitgehende Übernahme neoliberaler Begrifflichkeiten und zuweilen ist mir nicht klar, ob das mit Bedacht oder aus Unkenntnis passiert, denn auf der anderen Seite haben wir nicht nur die Weigerung des Obs wohlwollend zur Kenntnis genommen sich als Stadt nicht weiter in dubiosen Prognosen und Rankings abwatschen zu lassen- DIE LINKE. hatte zu diesen üblen Instrumenten bereits vor einigen Monaten Stellung bezogen - es scheint mir hier ein erstes Wachwerden im Gange, dass die neoliberale Ideologie wohl doch nicht der Weisheit letzter Schluss ist.

Wir haben auch sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass Positionen, die DIE LINKE. seit Jahren vertritt, Eingang in die Vorlage gefunden haben, dahingehend, dass das Land und der Bund ausdrücklich auch in finanzieller Hinsicht in die Pflicht genommen werden soll. Die Vorlage fordert eine nachhaltige Stärkung der Kommunal Finanzen, eine Forderung, die wir schon seit Jahren immer

wieder vorbringen. Wir brauchen eine Steuerreform, die den Städten und Gemeinden endlich wieder ihren gerechten Anteil an den Steuereinnahmen zubilligt und, wer den Städten immer neue Lasten und Aufgaben zuschiebt soll dafür auch die Kosten tragen. Das heißt, in der Vorlage wird unsere Forderung, den Grundsatz der Konnexität einzuhalten, übernommen.

All das sind erfreuliche Ansätze. Jedoch scheint immer noch nicht die Erkenntnis gereift zu sein, dass die Verschuldung der Kommunen und die völlig absurde Schuldenbremse, durchaus von interessierter Seite gewollt sind. Denn nur über Schulden kann man in die Kommunen mit PPP - Projekten, mit EU-Programmen und ähnlichen Instrumenten hineinregieren.

Das Ruhrgebiet braucht Zukunftsprojekte. Viele Menschen sind in den letzten Jahren vollständig von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt worden. Löhne reichen vielfach nicht zum Leben und Renten werden immer mehr zu Armutsrenten. Für solche Menschen brauchen wir Perspektiven.

Wir können uns der Forderung von Anja Weber vom DGB nur anschließen, die sich mit dem Satz zu Wort gemeldet hat: „Wir brauchen Investitionen in Infrastruktur und Bildung, eine Entschuldung der Kommunen und bessere Perspektiven für Langzeitarbeitslose.“

Von Herrn Laschet kommt, soweit wir das sehen, vorzugsweise viel heiße Luft, wenige finanzielle Zusagen und die Forderung nach Investitionen in die innere Sicherheit. Also die Forderung nach noch mehr seltsamen „Leuchtturmprojekten“, wieder ein neoliberaler Kampfbegriff, wie den Talentschulen und seine Forderung nach noch mehr Start-ups. Dazu sollte man wissen, dass in Berlin vier von fünf Start-ups floppen.

Bevor also in derartige Risikokapital-Firmen Steuergelder fließen, sollten wir sie uns gut ansehen, außerdem, wieso sind eigentlich die ach so innovativen und risikobereiten Unternehmer nicht bereit für derartige Projekte mehr Gelder bereit zu stellen oder die Banken? Sind ihnen diese Geschäfte, die teilweise auch durch Ausbeutung ihrer Mitarbeiter laufen, zu heiß? Ich befürchte das wird nach dem üblichen Schema laufen. Wenn es klappt und das Start-up Erfolg hat, schöpft die Wirtschaft den Gewinn ab und wenn es floppt, zahlen Sie meine Damen und Herren, der Steuerzahler.

Aus der CDU um Herrn Spahn gibt es Vorschläge ein Prozent der gesetzlichen Rente in solche Start-ups zu stecken. Ich wage gar nicht mir vorzustellen, was Wirtschaftslobbyisten wie Friedrich Merz noch alles einfallen würde, sollten solche Zeitgenossen in Regierungsverantwortung landen, was wir jetzt mal für uns alle nicht hoffen wollen.

Etwas, das uns besonders stutzig machen sollte, ist ohnehin die Tatsache, dass die Wirtschaftsverbände Feuer und Flamme sind für die Ruhrkonferenz, und dass sie gleich ihre Forderungen auf den Tisch gelegt haben. Immer, wenn die Wirtschaft zu sehr frohlockt über bestimmte Pläne einer neoliberalen Regierung, dann sollten wir, meine Damen und Herren, sehr vorsichtig werden. In der Regel bedeutet dies für den Normalbürger nichts Gutes.

Denn, obwohl die Wirtschaft es durch massive Propaganda geschafft hat, es so darzustellen, dass alles, was ihr dient, auch dem Gemeinwohl dient, ist dies mitnichten so. Die Finanzkrise ist hier das verheerendste Beispiel. Die Wirtschaft hatte Gesetzesänderungen beklatscht, die das Finanzkapital und die Heuschrecken von der Leine ließen, bezahlt haben das anschließende Desaster Sie alle hier, meine Damen und Herren.

Manchmal fragt man sich, ob gewisse Leute in einer kompletten Filterblase leben. Herr Laschet ließ sich kürzlich mit dem Satz vernehmen:

Der Unterschied früherer Ruhrgebietskonferenzen zu heute bestehe darin, dass es damals um die akute Bewältigung der Montankrise gegangen sei. „Heute ist keine Krisenzeit, sondern eine Zeit der Chancen“.

Hat Herr Laschet nicht mitbekommen, dass wir auf die schlimmste Katastrophe der Menschheitsgeschichte zurasen? Ist der Klimawandel, besser Klimakollaps, für ihn nicht existent? Hat er den Armutsbericht der Bundesregierung nicht zur Kenntnis genommen, der besonders für das Ruhrgebiet massiv steigende Armutszahlen anzeigt. Fast vier Millionen Kinder in Deutschland sind arm und leben in prekären Verhältnissen und dieser Herr schwadroniert davon, wir hätten keine Krise.

Zumindest von einer derartigen Realitätsverweigerung scheint unsere Verwaltung nicht in gleichem Umfang betroffen.

Was die konkreten Vorschläge angeht, so könnten wir uns bei einigen Vorschlägen vorstellen, sie voll und ganz zu unterstützen. Bei anderen hätten wir als LINKE deutlich mehr Bauchschmerzen, aus den oben angegebenen Gründen. Die Projekte sind größtenteils nur angerissen, was auch aufgrund des frühen Stadiums gar nicht anders sein kann. Man kann jedoch zu einzelnen Projekten nur dezidiert Stellung beziehen, wenn sie detailliert ausgearbeitet sind, was wir - sollte es zur Umsetzung kommen - tun werden.

Es kommt uns immer auf die Ausgestaltung an.

Wir werden also weiterhin die Projekte der Ruhrkonferenz - sollten denn einige davon umgesetzt werden - kritisch begleiten und je nach Ausgestaltung zustimmen oder ablehnen. Was diese Vorlage angeht, so

wird sie zunächst einmal, da es sich nur um Skizzen handelt unsere Zustimmung finden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Martin Gatzemeier

(Fraktionsvorsitzender)

Gelsenkirchen, 23.05.2019

Es gilt das gesprochene Wort.